

Protokoll der 58. Gemeindeversammlung der Politischen Gemeinde Bichelsee-Balterswil vom 27. November 2024

Datum: 27. November 2024
Zeit: 19:57 – 21:40 Uhr
Ort: Turnhalle Oberstufenzentrum Lützelburg, Balterswil
Vorsitz: Christoph Zarth, Gemeindepräsident
Protokoll: Claudia Thalmann, Gemeindeschreiberin

Total Stimmberechtigte: 2'096
Davon anwesend: 140
Absolutes Mehr: 71
Stimmbeteiligung: 6.69 %

Traktanden:

1. Eröffnung
2. Wahl der Stimmenzähler*innen
3. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 19. Juni 2024
4. Abstimmung über den Beitritt zum Zweckverband Sicherheitsverband Hinterthurgau
5. Budget 2025
 - 5.1. Erfolgsrechnung
 - 5.2. Investitionsrechnung
 - 5.3. Finanzplan 2026 - 2030
 - 5.4. Anträge des Gemeinderates
 - 5.4.1. Abstimmung Steuerfuss
 - 5.4.2. Abstimmung Budget und Investitionsrechnung 2025
6. Allgemeine Umfrage und Verschiedenes

1 Eröffnung

Die Anwesenden werden durch Gemeindepräsident Christoph Zarth herzlich willkommen geheissen, darunter Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, Gäste sowie Vertreter der Presse. Besonders hervorgehoben wurden die neuen Stimmberechtigten, die entweder das Stimmrechtsalter erreicht haben oder neu zugezogen sind. Es wurde darauf hingewiesen, dass mit der neuen Gemeindeordnung, die am 1. Januar 2024 in Kraft getreten ist, auch Ausländer und Jugendliche ab 16 Jahre an der Gemeindeversammlung teilnehmen dürfen, jedoch ohne Antrags- und Stimmrecht.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Botschaft inklusive der Traktandenliste rechtzeitig zugestellt wurde. Alle stimmberechtigten Personen verfügen über einen Stimmzettel. Es gibt keine Einwände oder Ergänzungen zur Traktandenliste sowie gegen die Anwesenheit einer Person.

Der Vorsitzende eröffnet die Versammlung und erklärt diese für beschlussfähig. Von total 2'096 Stimmberechtigten sind 140 anwesend. Das Absolute Mehr liegt bei 71. Die Stimmbeteiligung liegt bei 6.69 %.

Claudia Thalman amtet als Protokollführerin. Zur Erleichterung der Protokollführung wird die Versammlung akustisch aufgezeichnet. Ebenso wird darauf hingewiesen, dass Wortmeldungen mit Mikrophon erfolgen sollten, um eine korrekte Protokollierung zu gewährleisten.

Es werden keine Einwände dagegen erhoben.

2 Wahl der Stimmzähler*innen

Der Vorsitzende schlägt für die linke Seite des Saals Karin Kohli und Esther Kammermann für die rechte Seite als Stimmzählerinnen vor. Die Stimmzählerinnen werden gemäss Vorschlag einstimmig gewählt und haben während der Versammlung, wenn nötig, ihres Amtes zu walten.

3 Protokoll der Gemeindeversammlung vom 19. Juni 2024

Das Protokoll der 57. Gemeindeversammlung vom 19. Juni 2024 wurde zur Genehmigung vorgelegt. Die Anwesenden hatten das Kurzprotokoll in der Botschaft und das vollständige Protokoll auf der Website einsehen können. Die Diskussion zum Protokoll wird nicht genutzt. Das Protokoll wird einstimmig genehmigt und der Verfasserin verdankt.

4 Abstimmung über den Beitritt zum Zweckverband Sicherheitsverband Hinterthurgau

Gemeinderat Daniel Amrhein informiert über einen zukunftsorientierten Entscheid bezüglich der Feuerwehrorganisation. Er betont, dass der regionale Sicherheitsverband eine wichtige Rolle für die zukünftige Führung der Feuerwehr spielt. Der Gemeinderat unterstützt das Projekt politisch und hatte bereits Informationsveranstaltung organisiert. Die politische Gemeinde ist für die Organisation der Feuerwehr und den Vollzug des Feuerwehrgesetzes verantwortlich. Es wurde festgestellt, dass viele Ortsfeuerwehren Schwierigkeiten haben, den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, was die Beteiligung am Projekt regionaler Feuerwehrverband notwendig machte. Das Projektteam, unter der Leitung von Marco Ramseier, hat erkannt, dass die Anforderungen an die Milizkommandos stetig steigen und die Rekrutierung neuer Kaderkräfte schwieriger wird. Die Sicherheitsvorschriften und die Einsatzbereitschaft erfordern einen erhöhten Zeitaufwand, was durch gesellschaftliche Entwicklungen wie Ferienzeiten weiter erschwert werden. Er berichtet, dass es in der Vergangenheit zu Engpässen bei der Verfügbarkeit von Einsatzkräften gekommen war. Die Gemeinde Bichelsee-Balterswil plant, durch die Schaffung eines Sicherheitsverbundes die zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen. Die Feuerwehren sowie die Gemeinderäte der Gemeinden Bichelsee-Balterswil, Münchwilen, Sirnach und Wängi empfehlen, dem Beitritt zum Sicherheitsverband Hinterthurgau zuzustimmen.

Der Vorsitzende eröffnet die Diskussion.

In der Diskussion wurde intensiv über den geplanten Beitritt der Gemeinde zum Sicherheitsverbund und die Beschaffung eines neuen Tanklöschfahrzeugs (TLF) diskutiert.

Mehrere Votanten stellten die Notwendigkeit des neuen Fahrzeugs infrage, insbesondere im Hinblick auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden Eschlikon und Fischingen. Gemeinderat Daniel Amrhein stellte klar, dass das TLF zur Grundausrüstung der Feuerwehr gehört und unabhängig vom Sicherheitsverbund zwingend notwendig sei. Die Ortsmodule müssten weiterhin voll ausgerüstet bleiben.

Auch die Finanzierung des geplanten Mietzinses von CHF 50'000 für Spezialausrüstung im Verbund wurde thematisiert. Dabei wurde betont, dass die Grundausrüstung durch die Gemeinde finanziert bleiben müsse. Es wurde mehrfach bedauert, dass Eschlikon und Fischingen sich gegen den Beitritt zum Sicherheitsverbund entschieden haben, obwohl die Zusammenarbeit grundsätzlich gut sei.

Die Sinnhaftigkeit der bestehenden und künftigen Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden wurde breit diskutiert. Verschiedene Votanten sprachen sich für eine verstärkte regionale Kooperation aus.

Zur Personalsituation wurde festgehalten, dass die Feuerwehr aktuell gut aufgestellt sei, aber insbesondere die Kaderarbeit sehr aufwändig sei und es zunehmend schwieriger werde, Kaderleute zu finden. Ein Zusammenschluss könne hier Entlastung und eine bessere Einsatzkoordination bringen.

Es wurde auf die Vorteile einer vereinheitlichten Ausbildung und Spezialisierung innerhalb eines Zweckverbands hingewiesen.

Im Weiteren wurden Fragen zur Budgetierung, Personalkosten und Auswirkungen auf den Übungsplan gestellt. Es wurde klargestellt, dass sich für das Jahr 2025 noch keine Änderungen ergeben würden, da ein Start des Verbundes erst auf 2026 geplant sei.

Die Diskussion zeigte, dass die Meinungen innerhalb der Feuerwehr und der Bevölkerung geteilt sind. Das Kader der Feuerwehr hatte sich mit einem knappen Mehr (8 Ja zu 7 Nein) für den Beitritt zum Zweckverband ausgesprochen. Mehrere Votanten betonten, dass die Entscheidung langfristig zu betrachten sei und Chancen für eine zukunftsgerichtete Organisation biete.

Zusammenfassend hielt der Gemeinderat fest, dass der Beitritt zum Sicherheitsverbund eine Chance sei, um Synergien zu nutzen und die Feuerwehr für die Zukunft zu stärken. Die Kosten sollen dank der Feuerwehersatzabgaben gedeckt werden. Ein späterer Beitritt zum Verbund wäre grundsätzlich möglich, allerdings könnte die Gemeinde dann weniger Einfluss auf die Ausgestaltung nehmen.

Der Vorsitzende stellt die Abstimmungsfrage.

Wollen Sie dem Beitritt zum Sicherheitsverband Hinterthurgau sowie den dafür erforderlichen Statuten zustimmen?

Der Antrag wird 68 Nein-Stimmen zu 62 Ja-Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt.

Die Abstimmung erfolgt offen. Der Vorsitzende stellt fest, dass der Antrag mit 68 Nein-Stimmen zu 62 Ja-Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt ist. Er bedankt sich bei der Versammlung für die intensive Diskussion. Die Gemeinde Bichelsee-Balterswil wird somit dem Sicherheitsverbund Hinterthurgau nicht beitreten.

5 Budget 2025

5.1 Erfolgsrechnung

Der Gemeindepräsident orientiert zur Erfolgsrechnung 2025. Er verweist darauf, dass die vollständigen Unterlagen digital aufgeschaltet sind und die Botschaft in gekürzter Form zur Verfügung steht.

In seiner Ausführung zeigt er sich erfreut, dass die Gemeinde nach längerer Zeit wieder über einen vollständigen Personalbestand für ein ganzes Jahr verfügt. Sämtliche Vakanzen konnten besetzt werden, was für Kontinuität und Stabilität in der Verwaltung sorgen soll.

Im Rückblick hebt er hervor, dass im vergangenen Jahr insbesondere die schulergänzende Betreuung (SEB) die Gemeinde stark beschäftigt habe.

Für das kommende Jahr nennt er als zentrale Projekte das Werkhof-Projekt, welches ihm persönlich sehr am Herzen liegt. Dabei betont er, dass er eine schlanke und kosteneffiziente Projektumsetzung anstrebt, um hohe Ausgaben für Projektierungskosten in der Höhe von mehreren hunderttausend Franken zu vermeiden. Aufgrund des öffentlichen Beschaffungswesens sei dies zwar nicht einfach, doch habe man eine pragmatische Lösung gefunden, um Kosten zu sparen.

Weitere Themen, die die Gemeinde beschäftigen werden, sind die Ortsplanung, insbesondere die öffentliche Auflage zur Gewässerraumausscheidung, sowie die Weiterarbeit an der Zentrumsplanung.

Zur Budgetierung 2025 merkt er an, dass diese eher unspektakulär sei und keine grösseren Überraschungen enthalte. Die Eckwerte seien bekannt, und die Budgetierung verlaufe entsprechend routiniert.

Aus der Versammlung werden zu den einzelnen Positionen der Erfolgsrechnung keine Fragen gestellt.

5.2 Investitionsrechnung

Der Gemeindepräsident informiert über die geplanten Investitionen 2025. Schwerpunkt bildet der Bereich Strasseninfrastruktur. Die Sanierung eines weiteren Abschnitts der Lohstrasse wurde aufgrund von Bauarbeiten des Wasserwerks auf 2026 verschoben.

Im Jahr 2025 stehen damit vor allem das Gemeinschaftsprojekt Bärlischwand mit den Gemeinden Fischingen und Turbenthal sowie vorbereitende Arbeiten für spätere Vorhaben im Fokus.

Weiter erläutert er Massnahmen im Bereich des Abwassersystems. In den vergangenen zwei Jahren hätten starke Regenfälle wiederholt zu Wasseransammlungen und einem Kapazitätsproblem im Bereich des Ortseingangs Bichelsee (Brenngrüttistrasse) geführt. Dieses Problem soll durch bauliche Massnahmen zur Verbesserung des Oberflächenabflusses behoben werden.

Ein weiterer wesentlicher Punkt betrifft den geplanten Landerwerb für den zukünftigen Werkhof. Die Gemeinde hat sich für die Parzelle 88 der Genossenschaft Werk entschieden. Zusätzlich werden auch die benachbarten Parzellen 93 und 787 geprüft. Das Signal des Werks für einen Verkauf sei grundsätzlich positiv. Der Kanton habe bestätigt, dass beim Wechsel von Landwirtschaftszone in öffentliche Zone ein marktüblicher Preis von etwa CHF 170 pro Quadratmeter angesetzt werden könne. Mit der Genossenschaft Werk habe man sich auf diesen Preis geeinigt. Die Verhandlungen mit den weiteren Grundeigentümern seien im Gange, man strebe jedoch an, alle betroffenen Eigentümer gleich zu behandeln. Sollte keine Einigung zustande kommen, könne das Projekt auch ohne die Parzelle 93 realisiert werden, wenngleich es mit einem grösseren Landstück schöner wäre.

Der Vorsitzende stellt klar, dass der Landerwerb für den Werkhof in einem separaten Urnengeschäft beschlossen werde und mit der Zustimmung zur Investitionsrechnung noch keine Zustimmung zum Landerwerb verbunden sei.

Daniel Schärer erkundigt sich einerseits zum Projekt Bärlischwand, insbesondere ob es dabei Synergien mit anderen Gemeinden gebe, und andererseits zum geplanten Werkhof, ob für das dafür vorgesehene Grundstück eine Umzonung notwendig sei.

Der Gemeindepräsident bestätigt, dass für den Werkhof eine Umzonung von Landwirtschaftszone in öffentliche Zone notwendig ist. Diese Umzonung sei aber bereits in der laufenden Ortsplanungsrevision berücksichtigt worden. Zum Projekt Bärlischwand erklärt er, dass sich daran drei Gemeinden beteiligen. Das Projekt sei schon seit längerer Zeit bekannt und sinnvoll, weil es sich um eine regionale Infrastruktur handle. Zudem sei es nun besonders passend, das Projekt umzusetzen, weil auch die Gemeinden Fischingen und Turbenthal konkrete Schritte zur Realisierung ihrer jeweiligen Projekte eingeleitet hätten. Der Zeitpunkt sei daher günstig, weil die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden Synergien ermögliche – insbesondere auch in Bezug auf Kosten und Planung. Auch die Verschiebung der Sanierung der Lohstrasse auf 2026 habe dazu geführt, dass nun im Jahr 2025 Kapazitäten für das Projekt Bärlischwand vorhanden seien.

Steven Büchler fragt nach dem Stand der Verhandlungen zur Parzelle 93. Der Vorsitzende erklärt, der Gemeinderat sei zuversichtlich, dass keine unrealistischen Preise gefordert würden. Zudem sei man nicht zwingend auf diese Parzelle angewiesen, das Projekt könne auch ohne dieses Grundstück umgesetzt werden. Es wäre jedoch selbstverständlich schöner, wenn alle vorgesehenen Parzellen in das Projekt einbezogen werden könnten.

5.3 Finanzplan 2026 – 2030

Der Gemeindepräsident bezeichnet den Finanzplan 2026–2030 als «Glaskugellesen», da viele Annahmen auf Einschätzungen beruhen. Man rechnet mit einer moderaten Teuerung, einem Anstieg der Sozialkosten und einem weiterhin moderaten Bevölkerungswachstum. Zudem geht der Gemeinderat davon aus, dass die Kapitalkosten auch in den kommenden Jahren auf tiefem Niveau bleiben.

In der Investitionsplanung seien seit der Budgetierung bereits erste Änderungen erfolgt. Der Unterhalt der Gemeindestrassen werde tendenziell etwas reduziert. Für 2026 ist die Sanierung der Lohstrasse vorgesehen sowie der Hochwasserschutz im Gebiet Renendal. Dort konnte eine gute Lösung mit den Grundeigentümern zur Bachöffnung gefunden werden.

Ein weiterer Schwerpunkt bildet das Projekt Werkhof, welches möglicherweise auch die Verwaltung integrieren soll. Zudem ist neu ab 2027 die Sanierung der Kantonsstrasse durch Ifwil geplant, inklusive Brücke. Der Kostenanteil der Gemeinde beträgt voraussichtlich 2,15 Millionen Franken. Das Projekt sei bereits in Vorbereitung, konkrete Zahlen und ein genauer Zeitplan seien aber noch nicht bekannt. Es handle sich hierbei um ein Vorhaben, dessen Kosten unfreiwillig auf die Gemeinde zukommen.

Für die Erfolgsrechnung bedeutet dies eine steigende Belastung durch Abschreibungen. Diese werden gemäss Finanzplan in den nächsten Jahren über eine halbe Million Franken pro Jahr betragen und den ausgewiesenen Gewinn entsprechend mindern. Investitionen sollen wie bisher über Abschreibungen amortisiert werden.

Die Diskussion wird nicht genutzt.

5.4 Anträge des Gemeinderates

5.4.1 Abstimmung über den Steuerfuss

Der Gemeindepräsident informiert, dass der Gemeinderat den Steuerfuss von 54 % beibehalten möchte. In den vergangenen Jahren habe die Gemeinde vom Finanzausgleich profitiert, zudem sei in diesem Jahr die Grundstückgewinnsteuer erneut höher ausgefallen als budgetiert.

Trotz dieser positiven Effekte weist der Gemeinderat darauf hin, dass in den kommenden Jahren eine Diskussion über eine mögliche Steuererhöhung wohl unumgänglich sein wird.

Aus der Versammlung werden dazu keine Fragen gestellt.

Antrag des Gemeinderates:

Der Gemeinderat beantragt, den Steuerfuss der Politischen Gemeinde Bichelsee-Balterswil für das Jahr 2025 bei 54 % zu belassen.

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig angenommen.

5.4.2 Abstimmung über das Budget und die Investitionsrechnung 2025

Der Gemeindepräsident stellt das Budget 2025 sowie die Investitionsrechnung zur Abstimmung.

Aus der Versammlung werden dazu keine Fragen gestellt.

Antrag des Gemeinderates:

Der Gemeinderat beantragt, das vorliegende Budget für das Jahr 2025 mit einem Verlust von CHF 425'975.35 und die vorliegende Investitionsrechnung mit CHF 2'354'600.– Nettoinvestitionen zu genehmigen.

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig angenommen.

6 Allgemeine Umfrage

Vizegemeindepräsident Andreas Krucker informiert über den aktuellen Stand zum Landhaus. Der Verein Landhaus habe den Betrieb wiederaufgenommen und sei Dank des schönen Wetters erfolgreich gestartet. Das Angebot werde von Vereinen rege genutzt. Aktuell liege eine Bewerbung für die Übernahme des Landhauses vor, die vom Gemeinderat noch geprüft werde. Weitere Interessensbekundungen seien telefonisch eingegangen, jedoch ohne formelle Bewerbung. Er zeigt sich erfreut über die Belebung des Landhauses. Der Verein werde den Betrieb im reduzierten Rahmen weiterführen. Der Vizepräsident bedankt sich beim Verein, insbesondere bei Riccarda Thalmann, Regula Räbsamen und Ursula Keller, und ermutigt die Anwesenden, das Angebot zu nutzen. Zur Mietregelung erklärt er, dass der Verein keine Miete bezahlt, jedoch die Nebenkosten übernimmt. Es werden keine Fragen gestellt.

Der Gemeindepräsident informiert anschliessend über verschiedene aktuelle Themen:

Die Überarbeitung der Beitrags- und Gebührenordnung (BGO) sei in Arbeit. Eine Rückmeldung des Preisüberwachers liege vor, die Vorprüfung des Kantons stehe noch aus. Danach werde der Gemeinderat das weitere Vorgehen festlegen und die BGO anschliessend dem Souverän zur Genehmigung vorlegen.

Zur Zonenplanung liege eine Rückmeldung des Kantons vor. Ein Gespräch mit dem Raumplaner habe bereits stattgefunden. Es gebe einzelne Rückfragen seitens Kanton, insbesondere zu nicht anrechenbaren Flächen. Persönliche Gespräche mit betroffenen Grundeigentümern seien geplant. Ziel sei, die öffentliche Auflage im kommenden Jahr zu starten.

In der Zentrumsentwicklung stehe der Gemeinderat in Kontakt mit dem neuen Eigentümer des Sternens. Ziel ist es, gemeinsam zu prüfen, wie das Areal und die gemeindeeigenen Liegenschaften künftig genutzt und weiterentwickelt werden können. Der Gemeinderat wird sich zeitnah mit dieser Thematik befassen und die Bevölkerung zu gegebener Zeit informieren.

Zur Gewässerraumausscheidung laufe derzeit die öffentliche Mitwirkung. Das Online-Portal sei aufgeschaltet, und der Vorsitzende motiviert die Bevölkerung, davon Gebrauch zu machen. Die Mitwirkungsfrist dauert bis zum 12. Januar.

Weiter informiert der Gemeindepräsident, dass Gemeinderätin Samantha Schmalz aus privaten und zeitlichen Gründen ihren Rücktritt eingereicht habe. Der Gemeinderat bedauere diesen Entscheid sehr. Ersatzwahlen werden an einer der nächsten Gemeinderatssitzungen festgelegt und die Bevölkerung entsprechend informiert.

Weiter weist er auf den Neujahrsapéro am 5. Januar hin. Die Einladung und Details werden im NBB veröffentlicht.

Daniel Schärer meldet sich zu Wort und äussert Kritik am Winterdienst. Er bemängelt, dass dieser in den vergangenen Wochen teilweise unzureichend funktioniert habe und wünscht sich Verbesserungen. Seine Wortmeldung wird von einzelnen Anwesenden mit Applaus unterstützt.

Der Gemeindepräsident nimmt Stellung und erklärt, dass bewusst auf das Abführen von Schnee verzichtet wurde. Grund dafür seien die Wetterprognosen gewesen, welche einen raschen Temperaturanstieg vorausgesagt hätten. Man sei davon ausgegangen, dass sich die Situation durch das wärmere Wetter von selbst entspannen werde. Zudem müsse beim Winterdienst stets ein Augenmass zwischen Aufwand, Kosten und Nutzen gewahrt bleiben.

Christian Schärer meldet sich ebenfalls zu Wort, bittet um Verständnis für die Arbeit des Winterdienstes und ruft zu mehr Geduld auf. Er zeigt sich grundsätzlich zufrieden mit der Leistung der Mitarbeitenden. Dafür erhält er grossen Applaus aus der Versammlung.

Der Gemeindepräsident bedankt sich für die Rückmeldungen und betont, dass sich der Winterdienst grosse Mühe gebe, es aber aufgrund der Witterungsverhältnisse und der begrenzten Ressourcen keine einfache Aufgabe sei.

Abschliessend bedankt sich der Gemeindepräsident bei der Schulgemeinde für das Gastrecht, bei Dani Graf für die Technik, bei der Presse für die Berichterstattung sowie bei Die Mitte für die Organisation des Apéros.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schliesst der Vorsitzende die Versammlung um 21:40 Uhr.

Für das Protokoll:

Die Gemeindeschreiberin

Claudia Thalmann